

# ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

## ITALIEN

### Lesereise durch Italien

**Im Mai 2018 kam das Buch «Mein Weg vom Kongo nach Europa» von Emmanuel Mbolela auf Italienisch heraus<sup>1</sup>. Ein solches Buch in dem jetzigen politischen Kontext in Italien vorzustellen, war für uns eine grosse Herausforderung. Das unerträgliche Klima hat paradoxerweise dazu beigetragen, dem aufrüttelnden Vortrag Emmanuels zusätzliche Kraft zu verleihen.**

Viele von Euch, Leserinnen und Leser des Archipels, kennen bereits Emmanuel Mbolelas Buch «Mein Weg vom Kongo nach Europa». Mitglieder des Europäischen BürgerInnenforums haben dafür gesorgt, dass das Buch vor 6 Jahren ins Deutsche übersetzt und verlegt wurde, später ins Französische und nun ins Italienische. Zudem haben wir den Autor auf etlichen Lesereisen durch mehrere europäische Länder begleitet. Und seit manchen Jahren unterstützen wir, dank Eurer Hilfe und dem Buchverkauf, Mbolelas Projekt von Frauenhäusern für Migrantinnen aus dem Subsaharagebiet in Rabat, der Hauptstadt von Marokko.

Emmanuel Mbolela ist einer der zahlreichen Menschen, die ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, als sie sich auf den Weg ins Exil machten. Doch er ist auch und zuallererst ein Aktivist voller Würde, beseelt von einem unbändigen Verlangen zu kämpfen. Durch alle widrigen Umstände – Menschenhandel, Hinterhalte mitten in der Wüste, Schwarzarbeit, polizeiliche Gewalt – ging er erhobenen Hauptes. Während vier Jahren sass er in Marokko fest und wartete auf seinen Asylbescheid. So kam es, dass er «Arcom», den «Verband kongolesischer Migranten und Migrantinnen in Marokko» gründete, um aus der Isolation und Ausgrenzung herauszukommen, zu der alle Migrant-inn-en aus Subsahara-Afrika in Marokko verurteilt sind. Und er hat manche Protestaktionen angeführt und Rechte eingefordert. Sein Buch führt uns eine Wirklichkeit voller Gewalt und Ausbeutung vor Au-

gen, die Frauen mehr noch als Männer tagtäglich erdulden müssen. Und es weist uns auch auf die Verantwortung Europas hin, das mit seiner zunehmend restriktiven, harten und unmenschlichen Flüchtlingspolitik dafür sorgt, dass die Wege der Hoffnung noch gefährlicher und demütigender werden.

E. Mbolela: *«Es gibt nur eine Wahrheit: Die Migration ist Folge der Programme des Internationalen Währungsfonds und der Plünderung Afrikas durch die Multis. Hörst auf, uns mit Misstrauen zu begegnen, und zeigt mit dem Finger auf die wahren Verantwortlichen!»*

#### Neofaschistisches Gehabe

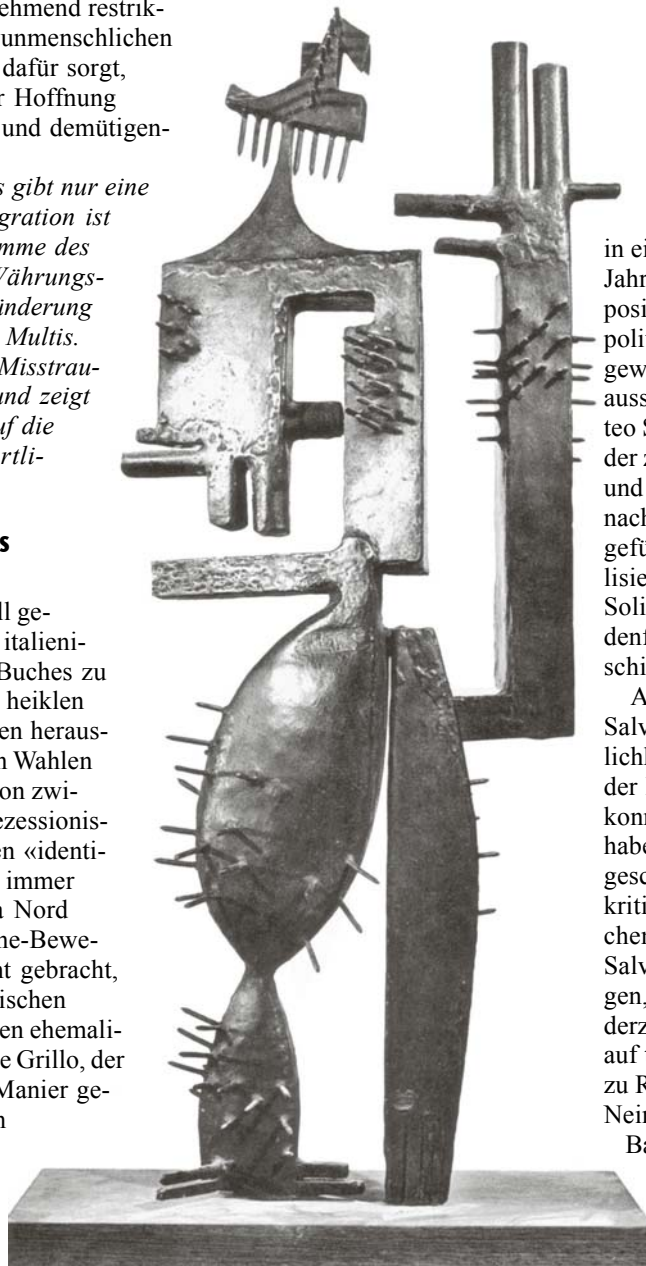
Es ist dem Zufall geschuldet, dass die italienische Version des Buches zu einem politisch so heiklen Zeitpunkt für Italien herauskommt. Die letzten Wahlen haben eine Koalition zwischen der alten sezessionistischen, inzwischen «identitären», aber schon immer rassistischen Lega Nord und der Fünf-Sterne-Bewegung an die Macht gebracht, einer jungen politischen Gruppierung um den ehemaligen Komiker Peppe Grillo, der in populistischer Manier gegen Politiker-innen wettet, indem er

zum Beispiel sagt, sie repräsentierten nicht mehr das «gute Volk». Die beiden Kräfte, die auf den ersten Blick völlig unterschiedliche politische Diskurse zu führen scheinen, haben einen beachtlichen Pragmatismus an den Tag gelegt, um die Macht zu erobern. Sie haben noch vor der Wahl des Ministerpräsidenten einen «offiziellen Regierungsvertrag» unterzeichnet, was ihnen ermöglichte, ihre Handlungsschwerpunkte und Wahlversprechen – hauptsächlich der Kampf gegen Migration und die Beseitigung der politischen Privilegien – im Gegenzug zum Vertrauen des

Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel  
AZB 4001 Basel

Parlaments weiterzuverfolgen. Bis hierhin also nichts Neues in einem Land, in dem seit sechzig Jahren die Verteilung der Machtpositionen zwischen Parteien und politischen Strömungen zur Norm geworden ist – nichts Neues also ausser einem Protagonisten: Matteo Salvini, der Leader der Lega, der zum Vizeministerpräsidenten und Innenminister ernannt wurde, nachdem er eine Wahlkampagne geführt hatte, die auf der Kriminalisierung der Migration und der Solidarität basiert und stark fremdenfeindliche Akzente und neofaschistisches Gehabe aufwies.

Am Rande sei bemerkt, dass Salvini, diese fragwürdige Persönlichkeit, das Schicksal einer Partei, der Lega Nord, neu ausrichten konnte, die nach einer langen Teilhabe an der Macht mit Berlusconi geschwächt war und ihre systemkritischen Kräfte in den nördlichen Regionen eingebüsst hatte. Salvini ist es traurigerweise gelungen, das Vertrauen der Basis wiederzuerlangen, indem er stramm auf trivialste Parolen setzte: Nein zu Roma-Lagern in den Städten. Nein zu all den Schwarzen vor den Bahnhöfen. Nein zu Europa, das uns verrät, bestiehlt und mit



Julio Gonzalez,  
Kaktusmann I, 1939

1. *Rifugiato. Un'odissea africana*, erschienen im Verlag Agenzia X, Milano

Flüchtlingen überflutet. Es fällt nicht leicht, sich all die *Fake News* zu vergegenwärtigen, die er verwendet, um Angst zu schüren, sowie sein rassistisches Gehabe und die Teilnahme an neofaschistischen – pardon: «identitären» Kampagnen. Doch Salvini wird als erster echter Politiker Italiens «der neuen Generation» angesehen. Und er sieht sich selbst auch so. Er wird unterstützt von einem äusserst soliden New-Media-Team, das eine eigene Propagandamaschinerie unterhält. Eine weit verbreitete und umjubelte Propaganda, die sich ausgerechnet in einem historischen Moment verfängt, in dem sich aus dem Osten ein Wind des Hasses erhebt und durch die Strassen und Netze Europas fegt. Eine Propaganda auch, die jenen Teil der italienischen Bevölkerung anzusprechen weiss, der verarmt und verängstigt ist, sich in sozialen Netzwerken aufhält und mit dem demokratischen Spiel keine Hoffnungen mehr verbindet. Salvini übermittelt ihnen das Bild des starken Mannes; jenes starken Mannes, nach dem sich ein Teil der Italienerinnen zurücksehnt. Und das ist gefährlich.

### Fremdenhass und Nationalismus

Man muss wissen, dass die fremdenfeindliche und nationalistische Propaganda, die auf die Verantwortlichen der EU zielt, durchaus konkrete Gründe hat: Die Verwerfungen durch die Dublin-Verträge, die Schliessung der Binnengrenzen, die Frankreich und Österreich in die Tat umgesetzt haben, und die – durchaus



José Guerrero, *Rot und Schwarz*, 1964

relative – Zunahme der Zuwanderung haben die mangelhafte Vorbereitung der Aufnahme von Flüchtlingen und deren Management nur noch sichtbarer gemacht, ganz abgesehen von der Korruption im Inneren des Empfangs- und Identifikationssystems für Flüchtlinge in Italien.

Eine der Folgen war, dass tausende Migrant-inn-en auf italienischem Boden festsassen, so dass sie sich entweder der für das Land so typischen schleppenden Bürokratie unterwerfen mussten oder mangels Papieren oder wegen eines Nichteintretensbescheids marginalisiert und illegalisiert wurden. Ein gefundenes Fressen für ihre Ausbeutung, der nächsten Etappe ihres Weges. Die sozialen Verhältnisse in Italien wurden in Folge dieser Politik zusätzlich belastet – neben der allgemeinen Wirtschaftskrise und dem qualitativen wie quantitativen Niedergang des Wohlfahrtsystems. Auf diese Weise konnten Fremdenhass und der damit verbundene üble Nationalismus an die Macht gelangen. In letzter Zeit wurden wir Zeugen von zahlreichen fremdenfeindlichen Terrorakten in Italien, ganz zu schweigen von der Verharmlosung solcher Sätze, wie wir sie täglich in den Strassen oder den Zügen hören: *«Es sind einfach zu viele hier.»* Und: *«Sollen sie doch nach Hause gehen!»* Man kann feststellen, dass Salvini es geschafft hat, den Rassismus salonfähig zu machen. Tatsächlich scheinen seine niveaulosen Botschaften und die vollmundige Politik im heutigen Italien auf der Überholspur zu sein.

Einmal an der Arbeit, hat «unser» Innenminister viel Staub aufgewirbelt mit seiner Resolution – die er natürlich per Twitter ankündigte –, die italienischen Häfen für Schiffe von Nichtregierungsorganisationen schliessen zu wollen, die im Mittelmeer patrouillierten. Den Beschluss verband er mit ei-

ner diffamierenden juristischen Kampagne gegen diese Organisationen. Verwöhnt von einer grossen medialen Aufmerksamkeit, verpasst besagter Salvini keine Gelegenheit, um öffentlich eine Strategie *«der eisernen Faust»* gegen illegale Migrant-inn-en, gegen Schlepper und gegen Europa zu fordern, das er jeweils beschuldigt, die *«Invasion»* des *bel paese* zu organisieren.

In Wirklichkeit begann der starke Rückgang der Flüchtlingsströme viel früher, und zwar in Folge eines Abkommens des damaligen Innenministers Minniti, der sogenannten Linken Italiens, mit verschiedenen libyschen Milizen. Salvinis Ausfälle sind vielmehr symbolischer Art. Die Botschaft für die Zukunft ist deutlich: Italien lässt die Migrant-inn-en lieber im Meer ertrinken, als sie aufzunehmen. Und das entgegen aller Verträge und humanitären sowie maritimen Normen.

### Das Modell Riace – eine Gefahr

Ähnlich liegt der «Fall Riace»: Was tun angesichts eines positiven Integrationsprojekts, eines Willkommensprojekts, das funktioniert und dem Bild von Migration und Aufnahme von Flüchtlingen widerspricht, wie es der Angstpropaganda dient? Nun gut, man stoppt es. Man lanciert eine Fake-Untersuchung, lässt die Meldung der Verhaftung des Bürgermeistermeisters von Riace und all die Diffamierungen in dem Zusammenhang ihre Wirkung entfalten – und schliesst, ruck zuck, das Ganze. Im Grunde ist es ja die Regierung, die das alles finanziert. Oder etwa nicht? Und dann lässt man die Bulldozer auffahren. Alle müssen weg. Man entzieht den Flüchtlingen die Unterstützungsgelder des SPRAR, des italienischen Schutzsystems für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge – angeblich wegen buchhalterischer Probleme, die es in Wahrheit nicht

gibt. Auf diese Art sind praktisch alle Strukturen für Flüchtlinge in Italien ungesetzlich geworden und weitgehend der direkten Verwaltung durch die Regierung unterworfen oder werden kriminell infiltriert. Riace ist ein gefährliches Symbol für die ganze Welt. Inzwischen herrscht in Italien das Gesetz des Dschungels: Du störst mich. Weg mit dir!

Zu dumm nur, dass es sich bei Salvini um einen hohen Funktionär handelt, der mit allen Vollmachten einer modernen Demokratie

ausgestattet ist! Voller Symbolik ist auch die jüngste Schöpfung unseres Kapitäns, der unglücklicherweise überaus arbeitsam ist: Das Salvini-Dekret zu Staatssicherheit und Immigration möchte einerseits die Massnahmen zur Bevölkerungskontrolle im städtischen Raum und die Repression gegen Proteste verstärken, indem alle Polizisten, sogar die Gemeindepolizisten mit Tasern ausgerüstet und die Strafen für Besetzungen verschärft werden.

Andererseits möchte es die Möglichkeiten der humanitären Aufnahme noch stärker einschränken, indem die Fälle drastisch begrenzt werden, in denen man «humanitären Schutz» geltend machen kann. In der Folge werden die Lebensbedingungen der Flüchtlinge noch prekärer und zudem abhängig von ihrem gesetzeskonformen Verhalten. Eine Vielzahl von Delikten kann zum Verlust des Flüchtlingsstatus führen.

Wir werden noch sehen, welche Wirkungen dieses Gesetz entfalten wird, das von der Opposition und humanitären Organisationen bereits als *«verfassungswidrig»* und *«die Illegalität fördernd»* denunziert wird. Im Moment wird es von Salvini stolz als sein «eingehaltenes Versprechen» präsentiert. Ein Versprechen, das den schlimmsten Deutungen von *«rimandiamoli a casa loro»*, («schicken wir sie nach Hause») Tür und Tor öffnet.

Diese Härte, dieser Wille, *«es durchzuziehen»*, diese Rhetorik sind erschreckend. *«Tanti nemici tanto onore.»* («Viele Feinde, viel Ehre.») So schmückt sich Salvini in den sozialen Medien. Und diese Worte stammen aus längst vergangenen Zeiten – nämlich von Mussolini.

Die neofaschistische Logik des «capitano» droht in der italienischen Gesellschaft wüste Spuren zu hinterlassen mit der vollen Unterstützung der Medien und angesichts einer Zivilgesellschaft, die

## Archipel

### Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums

November 2018 - Nr. 275

#### Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro  
Verlag, Herausgabe, Herstellung,  
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum  
Verantwortliche Redakteurinnen:  
Joëlle Meunier, Constanze Warta  
Druck: Ropress Zürich  
[forumcivique.org](http://forumcivique.org)

#### Europäisches BürgerInnenforum Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel  
Tel: 0041/61 262 01 11  
[ch\(a\)forumcivique.org](mailto:ch(a)forumcivique.org)

#### Österreich:

Lobnik 16  
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla  
Tel: 0043/42 38 87 05  
[at\(a\)forumcivique.org](mailto:at(a)forumcivique.org)

#### Deutschland:

Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf  
D-17159 Dargun  
Tel: 0049/39 959 23 881  
[de\(a\)forumcivique.org](mailto:de(a)forumcivique.org)

#### Frankreich:

St. Hyppolite  
F-04300 Limans  
Tel: 0033/4 92 73 05 98  
[fr\(a\)forumcivique.org](mailto:fr(a)forumcivique.org)

#### Ukraine:

vul. Peremogi 70  
UKR-90440 Nijne Selischtsche  
Tel: 00380/31 42 512 20  
[ua\(a\)forumcivique.org](mailto:ua(a)forumcivique.org)

Mühe hat sich zusammenzurufen, sowie einer Linken, die bereits Geschichte, besiegt und schlicht abhanden gekommen ist.

## Die Lesungen

Doch kehren wir nach diesem albraumartigen Abstecher zurück zu unserer Buchpräsentation: Wir, die Übersetzerinnen – in Frankreich lebende Italienerinnen, die Italien aus der Entfernung voller Befürchtungen, Wut und auch Ohnmacht betrachten – hatten die Lesereihe vorbereitet und begleitet Emmanuel. Unsere Tournee führte uns hauptsächlich in die Lombardei, und zwar nach Mailand und dessen Vororte, mit zwei Abstechern nach Brescia und Rom, und fand in einem Umfeld statt, das Flüchtlingen gegenüber bereits sehr offen, ja in diesem Feld und auch sozialpolitisch aktiv ist. Die Diskussionen und der Austausch waren sehr vielfältig. Immer wieder wurde es sehr geschätzt, dass man einmal nicht an einem Podium von europäischen Aktivist:inn-en zum Thema Migration teilnahm, sondern einem Bericht eines wirklichen Migranten mit all seinen Bezügen zur grässlichen Wirklichkeit folgen konnte, ohne mit parolenartigen Aussagen konfrontiert zu werden.

Die Aktionen, die wir in unseren vermeintlich demokratischen Ländern durchführen, erscheinen uns letztlich gering im Vergleich zum Mut von Emmanuel, der gezwungen war, in einem fremden Land wie Marokko versteckt zu leben, immer wieder konfrontiert mit Razzien und Rassismus jeglicher Art, und der es trotzdem gewagt hat, den Kopf hochzuhalten, die Menschenrechte zu verteidigen und Widerstand zu organisieren. Und der, seit er in Europa angekommen ist, nie aufgehört hat, zu kämpfen und die Ungerechtigkeit anzuprangern.

Dieser Mut wurde auch von den Migrant:inn-en sehr geschätzt, die bei den Lesungen anwesend waren und Emmanuel dankten, dass er ihnen vor Augen geführt hat, wie wichtig es ist, davon zu berichten und die Erinnerung an das Erlebte aufrechtzuerhalten. Denn um ein neues Leben anzufangen, war für sie bis jetzt nur wichtig, den Horror zu vergessen, den sie in ihrem eigenen Land und auf ihrer fürchterlichen Reise ertragen hatten.

Emmanuel hingegen war, als er durch die Strassen von Mailand lief, sehr berührt von der extremen Marginalisierung und Armut eines Teils seiner afrikanischen Brüder in Italien. Im Vergleich zu anderen Ländern, die er vorher besucht hatte, war der Unterschied in sei-

nen Augen offenkundig und illustrierte wiederum den Erfolg der Kriminalisierungskampagnen der Rechten.

Zum Abschluss des Berichtes über unsere Italien-Tournee, die sicher nicht die letzte sein wird, sei erwähnt, dass Emmanuel die Italiener:innen immer wieder daran erinnerte, angesichts ihrer strategischen Position auf dem Balkon über dem Mittelmeer, gegenüber der Tragödien, die sich vor ihren Augen abspielen, nicht teilnahms-

los zu bleiben und gegen den Verfall von Solidarität und Menschlichkeit zu protestieren, woran die Regierung zunehmend Schuld trägt, indem sie mit allen humanitären Prinzipien und sogar mit den grundsätzlichen Seerechten bricht, was dazu führt, dass sich das Mittelmeer immer mehr in ein «Meer des Hasses und des Todes» verwandelt.

Barbara Vecchio, EBF  
Übersetzung: Walter Beutler

# Botschaft aus Riace

**Anfang Oktober wurde Domenico Lucano, der Gemeindepräsident des kalabresischen Dorfes Riace, unter einem Vorwand kurzzeitig verhaftet und danach unter Hausarrest gestellt. Das Modell für einen menschlichen Empfang von Geflüchteten soll nach dem Willen des rechtsextremen italienischen Innenministers Salvini endgültig beseitigt werden.**

Obwohl die Vorwürfe gegen Domenico Lucano, wie Veruntreuung öffentlicher Gelder und Organisation von Scheinehen, vor den Richtern nicht haltbar waren, wird er weiterhin daran gehindert, seiner Arbeit als Bürgermeister nachzugehen. Tausende von Menschen strömten nach Riace, um gegen das Vorgehen der Behörden zu demonstrieren. Der Bürgermeister konnte sich nur schriftlich an die versammelte Menge wenden. Domenico Lucano wurde inzwischen aus der Haft entlassen und wartet auf seinen Prozess. Er darf jedoch nicht zurück nach Riace, das heisst er ist im Moment dazu verurteilt, sich an einem anderen Ort aufzuhalten, was eine komplett absurde gerichtliche Massnahme ist. Die Regierung behauptet, dass sie damit sowohl verhindern will, dass die Beweislage beeinflusst wird, als auch, dass der «Missetäter» sein Verbrechen der Solidarität wiederholen könnte.

Angesichts dieser rassistischen und xenophoben Regierung hat Domenico jetzt beschlossen, das Flüchtlingsempfangsprojekt in Riace in Zukunft als von staatlichen Subventionen unabhängiges Modell weiter zu führen und zur Solidarität innerhalb Italiens und im Ausland aufgerufen. Jetzt liegt es an uns allen, diese Idee zu ermöglichen – in Riace und an anderen Orten Europas.

Hier seine Botschaft vom 6.10.2018, die während der Demonstration auf dem Platz von Ri-

ace vorgelesen wurde, im Wortlaut: «Es ist nicht notwendig zu sagen, dass ich jetzt gerne bei euch wäre: nicht nur für die formellen Grussbotschaften, sondern auch, um reden zu können, ohne die Notwendigkeit oder den Zwang, schreiben zu müssen, so wie ich es jetzt tun musste. Um zu spüren, wie die Worte in unseren Seelen Gefühle hervorrufen, schliesslich auch, um euch allen zu danken, euch alle zu umarmen mit meiner ganzen Zuneigung. Euch allen, die ihr als Gemeinschaft unterwegs seid zu einem Menschheitsstraum, zu einem gewünschten Ort der Gerechtigkeit, die ihr die täglichen Arbeiten auf die Seite geschoben habt und euch nicht von dem rauhen Wetter habt zurückschrecken lassen, sage ich DANKE!

Über den Himmel ziehen dunkle Wolken, die gleichen Farben, die gleichen schwarzen Wellen, welche die Himmel Europas überfluten. Sie kündigen von neuen faschistischen Barbareien. Doch hier, unter diesem Himmel, leben Menschen mit ihren Leiden, ihren Kämpfen und Errungenschaften. Die kleinen grossen Dinge des Alltags vermischen sich mit den politischen Ereignissen und den Problemen, die aus ihnen entstehen. (...) Heute, an diesem Grenzort, in diesem kleinen Dorf im Süden Italiens, Land des Leidens, der Hoffnung und des Widerstandes, werden wir einen Tag erleben, der bestimmt ist, in die Geschichte einzugehen. Wir sind die

Geschichte: mit unseren Entscheidungen, unseren Überzeugungen, unseren Idealen, unserer Hoffnung auf Gerechtigkeit, die niemand jemals unterdrücken kann.

Eines Tages wird es mehr Achtung für die Menschenrechte geben, mehr Frieden und weniger Krieg, mehr Gleichheit und mehr Freiheit als Barbarei. Eines Tages wird niemand mehr in der Businessclass reisen, während andere, wie menschliche Waren aus kolonialen Häfen auf Booten zusammengepfercht, einem Meer von Hass ausgeliefert sind.

Über meine persönliche Lage und meine juristischen Scherereien kann ich nichts zu dem hinzufügen, was schon hinlänglich bekannt ist. Ich hege keinen Groll und habe an niemanden Forderungen. Ich möchte trotzdem allen sagen, dass ich nichts zu verbergen habe und mich für nichts schämen muss. Ich würde das Gleiche immer wieder tun, weil es meinem Leben Sinn gegeben hat. Eure immense Solidarität werde ich niemals vergessen.

Ich trage euch in meinem Herzen. Wir dürfen nicht zurückweichen! Wenn wir geeint sind und menschlich bleiben, werden wir eines Tages den Traum der sozialen Utopie berühren. Ich wünsche euch den Mut, ob allein oder gemeinsam, mit den gleichen Idealen voranzugehen. Jedes Mal, wenn Befehle unser Gewissen demütigen wollen, den Gehorsam zu verweigern. In den Tagen des erzwungenen Gedächtnisschwundes, den Namen «Rebell» zu verdienen, wie alle, die sich weigern zu vergessen. Auch gegen alle Evidenz hartnäckig daran festzuhalten, dass sich die Mühe lohnt, als aufrechte Männer und Frauen zu handeln. Trotz Verrat, Misserfolgen und Niederlagen, weiter zu machen. Weil die Geschichte nach uns nicht endet, auch wenn sie uns 'Adieu' sagt, handelt es sich nur um ein 'Auf Wiedersehen'. Wir müssen die Gewissheit am Leben erhalten, dass es möglich ist, Zeitgenossen all jener zu sein, die nach Gerechtigkeit und Schönheit streben. Überall da, wo wir sind und wo wir leben. Weil die Landkarten der Seele und der Zeit keine Grenzen kennen.

Hasta siempre!»

Domenico Lucano

Siehe auch Archipel Nr. 273, September 2018, Riace, ein Modell das stört

# Besuch aus Argentinien

**Am 25. September organisierten wir in Basel eine Podiumsdiskussion zu Monsanto/Bayer und Glyphosat mit dem argentinischen Juristen Juan Ignacio Pereyra, dem Arzt Damián Verzeñassi und der Münchner Öko-Aktivistin Christiane Lüst von der «Aktion Gen-Klage».**

Die beiden Argentinier hatten im Oktober 2016 beim Monsanto-Tribunal in Den Haag als Zeugen teilgenommen und über die verheerenden Folgen von Glyphosat, Hauptbestandteil des Monsanto-Bayer-Herbizids Roundup, und von Gensoja für die argentinische Bevölkerung berichtet.

Die epidemiologischen Langzeituntersuchungen des Medizinprofessors Verzeñassi zeigen den massiven Anstieg von Krebserkrankungen, Fehlgeburten, Fehlbildungen bei Babys und anderen gesundheitlichen Schäden unter der lokalen Bevölkerung auf. Der Rechtsanwalt Pereyra hat schon viele Glyphosatopfer, teilweise mit Erfolg, vor Gericht vertreten. Beide haben durch ihr Wirken gegen die Riesenkonzerne Bayer und Monsanto ein Umdenken in verschiedenen Gemeinden Argentiniens erreicht. Einige davon haben den Glyphosateinsatz in der Nähe öffentlicher Gebäude, wie Schulen und Kindergärten, verboten.

Am Tag davor, am 24. September, haben Juan Ignacio und Damián beim «UNO-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte» in Genf Fakten über die Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land vorgelegt. Sie verlangen, dass die argentinische Regierung aufgefordert wird, die von ihr unterzeichnete Menschenrechtskonvention einzuhalten und durchzusetzen. Dies müssen aber auch die Länder tun, in denen die Agrokonzerne angesiedelt sind und/oder die für ihre industrielle Landwirtschaft Futtermittel importieren, deren Produktion zu den aufgezeigten schweren gesundheitlichen Schäden oder zum Tod führt. Deshalb haben der Arzt und der Anwalt aus Argentinien auch in Deutschland und Österreich darüber berichtet, was importiertes Gensoja in ihrem Land anrichtet.

Die beiden erzählten, dass in Argentinien das Interesse an ökologischem Landbau und an Saatgutherstellung wächst, denn die Bauern und Bäuerinnen suchen eine Alternative zur industriellen Produktion. Dabei su-

chen sie nach Unterstützer:innen, um die ökologische und regionale Produktion gesunder Lebensmittel im Land voranzubringen. Cynthia Osario, unsere kolumbianische Freundin, die in Kolumbien das Netzwerk «Samen fürs Leben» mitgegründet hat und gerade eine Veranstaltungsreihe darüber in der Schweiz unternommen hatte, war an dem Abend ebenfalls in Basel und plant mit den interessierten Argentinier:innen für Saatgutherstellung und -austausch zu kooperieren. Es wurden auch andere Kontakte geknüpft, die uns gegenseitig Kraft geben können, den Agrokonzernen die Stirn zu bieten. Juan und Damián sind auf jeden Fall mit neuem Elan, vielen Eindrücken und einem dicken Adressbuch zurück gefahren.

## DEUTSCHLAND

# Wir sind unteilbar!

**Die Polarisierung nimmt in Deutschland zu – in der Politik sowie auf der Strasse. Das war am 13. Oktober auf den Strassen von Berlin besonders zu spüren. Das Motto «Unteilbar» nahm 242'000 Menschen mit hinaus; sechsmal so viele wie erwartet.**

Wir haben vom Auftaktort der Demonstration, dem Alexanderplatz, bis zur Abschlusskundgebung an der Siegessäule die Strassen von sechs Kilometern Länge gefüllt. So gut wie alle gesellschaftlichen Randgruppen bis hin zur Mitte der Gesellschaft wollen sich nicht teilen lassen und stehen für ein Zusammenleben mit Migrant:innen und Geflüchteten auf. Diese Haltung brachten verschiedene soziale Gruppen zum Ausdruck: Gruppen, die zur Migration arbeiten; Gewerkschaften, Umweltverbände, Mieter:innen, prekär Beschäftigte, Kulturschaffende, Behinderte und Gruppen, die gegen ein verschärftes Polizeigesetz und gegen die zunehmende

## Parallelbericht

Pereyra und Verzeñassi stellten den Parallelbericht zum 4. Staatenbericht der Republik Argentinien zur Einhaltung des «Internationalen Paktes über die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte» vor. Dort zeigten sie die Menschenrechtsverletzungen durch den argentinischen Staat auf. Das betrifft die Nichterfüllung seiner staatlichen Verpflichtungen in Bezug auf die Erhaltung einer gesunden Umwelt und der Gewährleistung der Rechte auf Leben und Unversehrtheit der Gesundheit. Dies sind die Folgen der Nichtanwendung gesetzlicher Vorgaben in Bezug auf die nationale Umweltschutzgesetzgebung und der Landwirtschaft, die auf intensiver Anwendung von Pestiziden basiert. Den gesamten Parallelbericht können Sie auf <http://www.stopptgennahrungsmittel.de/> lesen. Wir freuen uns, dass viele Baslerinnen und Basler des Europäischen Bürger:innenforums an der Podiumsdiskussion teilgenommen haben!

Udo Schilling, Longo maï  
Constanze Warta, EBF

Bevölkerungsgruppen und das schlichte Ungerechtigkeitsgefühl. Wenn Menschen mit Freiheitsentzug bestraft werden sollen, die andere vor dem Ertrinken auf dem Mittelmeer retten, wenn die rechte Polemik à la Innen- und Heimatminister Seehofer (Zitat: «Die Migration ist die Mutter aller Probleme») gesellschaftsfähig wird, die Grenzen ausserhalb von Europa und auch innerhalb geschlossen werden, Ausnahmeregelungen zur Grenzkontrolle beliebig verlängert werden und wenn Geflüchteten kein Schutzraum gewährleistet wird, weder juristisch, geschweige denn auf der Strasse – wie die Hetzjagd gegen Migrant:innen in Chemnitz zeigte – dann wird anscheinend aus dem Ohnmachtsgefühl ein Gefühl von «egal wie, aber auf jeden Fall: Nie wieder Faschismus!». Dieses Gefühl der gemeinsamen Überzeugung war ganz deutlich in der Masse auf den Strassen Berlins zu spüren. Ein Gefühl, das wahrscheinlich auch die Initiator:innen der Demonstration, die «Demokratischen Jurist:innen», motiviert hatte. Deren Arbeit – der Versuch, den Geflüchteten ihre eigentlichen Rechte geltend zu machen – war immer mehr an Grenzen gestossen. Es war spürbar, dass die Anfänge des Nazismus in den 1930er-Jahren nicht vergessen sind, und der Slogan auf der Abschlusskundgebung war sehr stark: «Keine faschistische Übernahme durch demokratische Wahlen». Diesen 242'000 Menschen ist auf jeden Fall klar: Die demokratischen Grundrechte und alle sozialen Errungenschaften sind nicht selbstverständlich und bleiben uns nicht geschenkt, sie müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und ausgebaut werden. Deutlich wurde die Forderung an uns alle gestellt: Es darf nicht alleine bei dieser Demo bleiben, wir sind jeden Tag gefordert, eine Richtungsänderung herbeizuführen, im Kleinen und im Grossen. Das Recht auf Bewegungsfreiheit und offene Grenzen war ein Kernpunkt auf dieser Grossdemo und gibt uns Mut weiter zu machen.

Jule und Joost, EBF

Überwachung protestieren.

Schon lange wurde eine so grosse Demonstration nicht mehr so breit geteilt. Es gibt in diesem Jahr eine klare Tendenz hin zu grösser werdenden Demos wie durch die Bewegungen gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung – die auch hier stark vertreten waren – sowie «Welcome United» in Hamburg, «Ausgehetzt» in München und die zuletzt grösste Demo für die Verteidigung des Hambacher Forstes mit 50'000 Menschen. «Unteilbar» ist eine gemeinsame Fortsetzung. Den Menschen scheint es nun endlich zu reichen, zu stark ist der allgemeine Rechtsruck, die Entdemokratisierung, die Ausgrenzung einiger

# Gegen die «illiberale Demokratie»!

**Seit Anfang Oktober gibt es in Wien wieder regelmässig Donnerstagsdemonstrationen. Unter dem Motto «Es ist wieder Dönerstag» protestieren Tausende von Menschen gegen die anti-soziale Politik der rechten Regierung. Von den «Omas gegen Rechts» bis zu verschiedenen Flüchtlingsorganisationen gehen die Leute für eine andere Politik auf die Strasse.**

Im Oktober jährte sich die letzte Nationalratswahl in Österreich zum ersten Mal. Die schwarzblaue Regierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz hat bisher ihre Vorhaben mehr oder weniger ohne nennenswerten Widerstand durchgebracht. Die Parlamentsopposition ist mehr mit sich selbst beschäftigt, Gewerkschaft und Arbeiterkammer beklagen vor allem, dass sie nicht mitreden dürfen und haben offensichtlich (noch) kein Eskalationsszenario; die zivilgesellschaftlichen Aktionen beschränkten sich bislang auf sporadische Demonstrationen und Interventionen bei Regierungsfototerminen. Viele kleine Organisationen, vor allem feministische und migrationspolitische, denen die Förderungen drastisch reduziert oder gestrichen wurden, kämpfen ums Überleben. Auch die Proteste in den eigenen Reihen von ÖVP- und FPÖ-Arbeitnehmerinnenorganisationen konnten bislang ignoriert werden.

Im vergangenen Sommer mehrten sich jedoch die Anzeichen, dass sich ab Oktober Widerstandspotenzial formieren könnte. Bereits am 13. und 20. September fanden anlässlich europäischer Konferenzen grosse Demos in Wien bzw. Salzburg statt. Während in Wien gegen eine EU-Flüchtlingskonferenz der Innen- und Justizminister:innen demonstriert wurde, versuchten in Salzburg Demonstrant:inn:en, den EU-Regierungsgipfel zur weiteren Abschottung der EU zu stören.

Seit mehreren Wochen gibt es nun die Initiative «Ab 4. Oktober ist wieder Donnerstag». Die Losung knüpft augenzwinkernd an die Donnerstagsdemos des Jahres 2000 an, als Österreich die erste «schwarz-blaue» Regierung erlebte, damals wesentlich geprägt durch Jörg Haider. Am 4. Oktober fand nun die erste Donnerstagsdemo statt – über 15'000 Menschen kamen, was weit über den Erwartungen lag. Die Demonstration am Ballhausplatz im Zentrum Wiens hatte den Charakter einer

Assemblage – also einer Versammlung, bei der im Idealfall *«alle nachher mit dem Gefühl nach Hause gehen, Teil eines*

## TÜRKEI

# Die Prozesse gehen weiter

**Unsere türkische Freundin Asli geht drei- bis fünfmal pro Woche zum Justizpalast in Istanbul, um den Strafgerichtssitzungen gegen Hunderte von Akademiker:innen beizuwohnen. Sie ist Mitglied der Koordination der «Akademiker:innen für den Frieden» und erzählt uns auch von den «Solidaritätsakademien» in der Türkei.**

Für Hunderte von Akademiker:inn:en in der Türkei ist der Weg zum Çalayan-Justizpalast in Istanbul zum Dienstweg geworden. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Am 11. Januar 2016 veröffentlichte eine Gruppe von Akademiker:inn:en eine Friedenspetition mit dem Namen *«Wir werden nicht Teil dieses Verbrechens sein!»*, mit der sie die Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Provinzen kritisierten. Der Bürgerkrieg im angrenzenden Syrien und der Aufstieg von neuen regionalen kurdischen Verwaltungsstrukturen verschärften die historische «kurdische Frage» in der Türkei. Während die Regierungspartei AKP immer mehr in eine Legitimationskrise stürzte und den Friedensprozess beendete, brach eine neue Welle der Gewalt über die kurdischen Provinzen herein. Die Armee verhängte dort einen Ausnahmezustand nach dem anderen und in den darauffolgenden Auseinandersetzungen starben 338 Zivilist:inn:en. Laut Bericht des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte (2017) wurden zwischen Juli 2015 und Dezember 2016 zudem mindestens 355'000 Menschen vertrieben. Die

*neuen, solidarischen Subjekts zu sein»*, wie es eine der Organisator:inn:en formulierte. Die nächsten beiden Donnerstagsdemos zählten ebenfalls jeweils mehr als 10'000 Menschen: kämpferisch, solidarisch, vielstimmig und mit viel kraftschöpfendem Spass. Die Donnerstagsdemos sollen *«zur Standortbestimmung dienen, zum Austausch und als Signal dafür, dass wir bereit sind, einen gesellschaftspolitischen Gegenentwurf zur grausamen illiberalen Demokratie zum Sprechen zu bringen»*, so der Text des Aufrufs.

Alle Informationen sowie die Möglichkeit, die Donnerstagsdemos in Wien zu unterstützen, findet ihr unter: [wiederdonnerstag.at](http://wiederdonnerstag.at)

haftet, ins Gefängnis geschickt sowie auf schwarze Listen gesetzt, die es ihnen verunmöglichten, öffentliche Forschungsgelder zu beantragen oder Gutachten für wissenschaftliche Zeitschriften anzufertigen. Zusätzlich bekamen sie ihre Auslandsgenehmigungen entzogen. Mit Gesetzesdekreten (KHK) im Ausnahmezustand nach dem Putschversuch wurden knapp über 6'000 Akademiker:innen entlassen, davon 407 Friedensakademiker:innen. Die Entlassungen per Gesetzesdekret gingen mit der Beschlagnahmung des Passes der betroffenen Personen einher. Und letztlich intervenierte der lange Arm der Justiz. Seit September 2017 wurden gegen alle 1'128 Erstunterzeichner:innen individuelle Verfahren bei «Strafgerichten für Schwerverbrechen» auf Grundlage des Antiterrorgesetzes eingeleitet. Die mit *copy & paste* zusammengestellten Anklagen, die auf §7, Abs. 2 des Antiterrorgesetzes («Propaganda für eine Terrororganisation») basieren, türmen sich in den «Strafgerichten für Schwerverbrechen», die nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 gegründet wurden, angeblich um *«die anderen Gerichte zu entlasten»*. Den jeweiligen angeklagten Friedensakademiker:inn:en drohen bis zu siebeneinhalb Jahren Haft. Bisher wurden 16 Akademiker:innen zu jeweils 15 Monaten Haftstrafe verurteilt. Allerdings wurden die Urteile zum Grossteil ausgesetzt unter der Bedingung, dass *«ähnliche Straftaten innerhalb von fünf Jahren nicht begangen werden und das Gericht der Überzeugung ist, dass der/die Angeklagte keine ähnlichen Straftaten begehen wird»* und ausserdem keine Berufung bei einer höheren Instanz stattfindet. Denjenigen Akademiker:inn:en, die nicht auf ihr Berufsrecht verzichtet haben, droht nun eine Haftstrafe.

Mindestens an zwei, manchmal auch an allen Tagen der Woche werden die Verhandlungen im Çalayan-Justizpalast geführt, der einer grossen *shopping mall* aus Granit gleicht. Das Solidaritätsnetzwerk, das die Friedensakademiker:innen geschaffen haben, sorgt dafür, dass niemand bei Gerichtsterminen alleine gelassen wird und die Verfahren begleitet und aufgezeichnet werden. Sie und die Anwält:innen beantragen immer wieder mehr oder weniger dasselbe: Die Verfahren selbst sind ein Verstoss gegen das Recht auf Meinungsfreiheit, sie müssen deshalb sofort fallen gelassen werden; die Anklagen, die schlicht die Meinungen der Staatsanwält:innen widerspiegeln,

Petition der Friedensakademiker:innen, die in diese akuten Entwicklungen eingreifen wollte, erhielt im Januar 2016 auf Antrieb Unterstützung von 1'128 Online-Unterzeichner:inn:en. Weil höchste staatliche Stellen die Petition angriffen und in einigen Provinzen Wohnungen stürmen und Unterzeichner:innen in Untersuchungshaft nehmen liessen, entstand eine zweite Welle der Solidarität. Am 21. Januar 2016 wurde die Friedenspetition mit 2'212 Unterzeichner:inn:en an das türkische Parlament überreicht.

## Systematische Repression

Danach wurden die Unterzeichner:innen systematisch angegriffen. Für sie galt der Ausnahmezustand schon lange vor dessen offizieller Ausrufung im Zuge des gescheiterten Militärputsches vom 15. Juli 2016. Damals verloren 498 Personen innerhalb von kürzester Zeit ihre Arbeitsplätze, viele bekamen Disziplinarverfahren ihrer Universitäten an den Hals, 70 kamen in Untersuchungshaft. Vier Friedensakademiker:innen, welche die Petition öffentlich vorgelesen hatten, wurden exemplarisch für 44 Tage ver-

ohne dass auch ein einziger Beweis für die zugeschriebene Schuld ausgeführt wird, sind nicht rechtmässig; und letztlich wird beantragt, dass die Anklagen zusammengeführt werden.

Dadurch, dass Dutzende von Akademiker-inne-n ihre Verteidigung auf dem Recht der Meinungsfreiheit und auf der Verantwortung ihres Berufes gründeten, wurde «Çalayan» zu einem kollektiven Gedächtnis für die Akademie.

In der heutigen Türkei, in der uns täglich vor Augen geführt wird, dass das Rechtssystem zusammengebrochen ist und der Staat und seine Justiz eine ganz andere Qualität angenommen haben, wurde die Friedenspetition zu einer gesellschaftlichen, sozialen und politischen Angelegenheit. Dabei stellt sich die Frage, ob diese Angelegenheit wirklich nur einen Teil der Akademie betrifft, der oppositionell eingestellt ist, oder mehr. (...)

### Klassenverhältnisse in der Universität

Welche Klassenverhältnisse gehen an der Universität mit dieser politökonomischen Dynamik einher? Da die Universität oft die Gesellschaft objektiviert und analysiert, Analysen über ihren eigenen Charakter jedoch vernachlässigt, ist es angebracht, die Friedenspetition als Exempel für eine solche Analyse zu nutzen: Insgesamt 2'212 Unterzeichner-innen arbeiten oder studieren in unterschiedlichen Positionen an 483 unterschiedlichen Universitäten. Nur 112 dieser Universitäten befinden sich in der «Höhle des Löwen», das heisst: in der Türkei (Sözeri 2016). Die Zahl der Universitäten innerhalb der Türkei, die sich nicht dem Druck beugten, den die Regierung Erdogans rechtswidrig über den Hochschulrat (YÖK) aufbaute, und keine Disziplinarverfahren gegen die Unterzeichner-innen einleiteten und keine Namen für Entlassungen mittels Gesetzesdekret weitergaben und auch nicht aus Eigeninitiative Unterzeichner-innen feuerten, lässt sich an einer Hand abzählen.

Von den Mitgliedern der Gewerkschaft *Eitim-Sen*, die dem oppositionellen Gewerkschaftsdachverband KESK angehört, und die per Gesetzesdekrete entlassen wurden (335 Akademiker-innen), sind 90 Prozent wegen ihrer Unterschrift von ihren Universitäten geworfen worden. Von den entlassenen 378 Akademiker-inne-n und den zur Kündigung oder zur Rente gezwungenen 45 Akademiker-inne-n, die an staatlichen In-



Gerhard Hoehme, *Die Flucht aus Kythera*, 1985

stitutionen arbeiteten, waren 80 bis 90 Prozent Mitglieder von «KESK/Eitim-Sen», der einzigen oppositionellen Gewerkschaft im Erziehungssektor.

Die Petition «*Wir werden nicht Teil dieses Verbrechens sein!*», die für die letzte grosse Krise in der «Grossen Transformation» der Universitäten steht, war der Anlass, um den Ausnahmezustand schon vor dem Juli 2016 über die Universitäten zu verhängen: Knapp 500 Unterzeichner-innen wurden über Nacht auf Zusatzlisten der repressiven Gesetzesdekrete hinzugefügt, mittels «Überzeugungsgesprächen», aber auch offenem Mobbing zur Rente oder zum Rücktritt gezwungen; ebenso viele bekamen Disziplinarverfahren an den Hals und wurden in allen offiziellen akademischen Institutionen marginalisiert (TÜB0TAK-Projekte, Gutachten für wissenschaftliche Zeitschriften, Einladung zu Konferenzen und Vorträgen usw.). Die Behörden zogen deren Pässe ein und machten sie somit zu Geiseln. Letztlich wurden die vier Akademiker-innen, welche die Petition auf der Pressekonferenz vorgelesen hatten, exemplarisch ins Gefängnis gesteckt. Der Ausnahmezustand wurde durch die Fragmentierung der Universität in zahlreiche verschiedene Arbeitsverhältnisse unterschiedlich erfahren. (...)

### Die Solidaritätsakademien

In dieser Zeit der Zerstörungen und Säuberungen werden Experimente in Gang gesetzt, die aus der Not eine Tugend machen. In Kocaeli, Mersin, Ankara, Izmir, Istanbul und Eski-ehir wurden in dieser Hinsicht hoffnungsvolle kollekti-

ve Schritte unternommen. Einige dieser Experimente haben als Vereine (*Kocaeli* Solidaritätsakademie, *BAK-Almanya* und die Onlinenuniversität-Initiative *off-university.de*, aber auch die in Paris gegründete *BAK-France Solidarité Up!*), Kooperativen (Ankara Solidaritätsakademie, *kampüssüzler*, Übersetzung: «die Campuslosen») oder in Form von GmbHs (das Kulturzentrum *Mersin Kültürhane*) erste Schritte der Formierung im Rahmen des gegebenen Rechtssystems unternommen oder sie stehen kurz davor. Die Solidaritätsakademien innerhalb der Türkei setzen heute in Ankara, Antalya, Eski-ehir, Istanbul, Izmir, Kocaeli, Mersin und Urfa ihre Aktivitäten fort.

Der erste Schritt zur Institutionalisierung der Solidaritätsakademien, die in Eski-ehir in Form von Solidaritätsseminaren und in Istanbul mit den «kampüssüzler» begann, wurde im September 2016 mit der Eröffnung der «Kocaeli-Solidaritätsakademie» unternommen, die ein Jahr lang wöchentliche Seminare organisierte, eine Sommerschule abhielt und Organisationstreffen anberaumte. Sie institutionalisierte sich im Dezember 2017 offiziell als Verein. Im Februar 2018 eröffnete sie in ihren Räumen die Lebenswissenschaftsschule. Am 12. Februar begann sie, 22-ganzsemestrige Seminare und Workshops anzubieten. Die «Mersin-Kültürhanesi», die im Juni 2017 ihre Türen öffnete, hat sieben Tage die Woche offen und das Potenzial dafür, die lebendigste öffentliche Bibliothek und das lebendigste Kulturzentrum der Stadt zu werden. Nicht nur in wissenschaftlicher und kultureller Be-

ziehung, sondern auch in Beziehung auf den Konsum ist sie in ihren Tätigkeiten von Ansätzen solidarischer Ökonomie inspiriert. Die «kampüssüzler» in Istanbul betreuen Master-Studierende trotz fehlender Anstellung und gründen Kooperationsseminare.

Die «Solidaritätsakademie Ankara» hat eine Bildungskooperative in der Stadt institutionalisiert, in der die Säuberungen am umfassendsten waren. Hiermit konnten sie einen Teil der universitären Lehrveranstaltungen anbieten und das zuvor geschlossene Menschenrechtszentrum ausserhalb der Universität weiter am Leben erhalten. In Ankara gibt es zusätzlich auch die Strassenakademien. Die «Solidaritätsakademie Izmir» hat eine Schule zur Migration organisiert. Das ist sehr sinnvoll, weil Izmir eine Stadt der Geflüchteten ist und mit dem Verein «Brücke der Völker» über bewährte Netzwerke verfügt. Hier haben Akademiker-innen, die lange im Bereich der Menschenrechte arbeiteten, ihre Verbindungen mobilisiert und eine Initiative zur Dokumentation und Kartografierung der gesellschaftlichen Auswirkungen der Säuberungen an den Universitäten geschaffen. Die «Eski-ehir-Schule» bietet weiterhin einen Teil ihrer universitären Lehrveranstaltungen und einige zusätzliche Lehrveranstaltungen an.

Die Solidaritätsakademien von Antalya, Urfa und Ankara stellen – wie auch die anderen Solidaritätsakademien – mit ihren Seminaren den jeweiligen Städten öffentliche Diskussionsplattformen zur Verfügung. Die Gründung der Istanbuler Solidaritätsakademie, deren erstes Gründungstreffen im Juni 2017 stattfand, ist wegen der Koordination der Gerichtsverhandlungen in den Hintergrund gerückt. Auf Initiative junger Forscher-innen, die entlassen wurden und auch schon zuvor prekär waren, wird derzeit die Gründung einer Forschungskooperative in Angriff genommen.

Die Solidaritätsakademien besitzen seit März 2017 auch eine übergeordnete Koordination. Es finden regelmässige Koordinati-onstreffen statt, auf denen über die Probleme alternativer Pädagogik und Organisation diskutiert wird.

### Fragen für die Zukunft

Auch im Feld der Wissensproduktion stellen sich uns konkrete Fragestellungen, wie sie sich in anderen Sektoren stellen, die Versuche in Richtung solidarischer Ökonomie unternehmen: Wie kann eine egalitär-lebendige inne-

re Organisation aussehen? Wie können wir ein System aufbauen, ohne dieselben akademischen Hierarchien und die Korruption seitens der Macht zu reproduzieren? Wie müssen die Beziehungen zur Warenwirtschaft des Kapitalismus gestaltet werden?

Werden wir nur Forschung betreiben und Lehrveranstaltungen anbieten oder sollte es ein Anliegen unsererseits sein, das Wissen in andere Felder zu tragen und mit Organisationsformen ausserhalb der Familie in Beziehung zu setzen, um auch in unseren eigenen Lebensfeldern kommunale, solidarische Ökonomien aufzubauen? Können wir unseren verlorenen Privilegien an der Universität und unserem verlorenen Status als Lehrende nachtrauern, ohne dessen Nimbus zu beschwören? Was werden wir mit unserer geistigen Arbeit anfangen, während sich die Welt und die Art und Weise, wie Anerkennung, Bedeutung und Sinn der Arbeit vermittelt werden, transformieren?

Die Friedenspetition wirft die Frage auf, wie wir das Wissen vom Leben im Zeitalter der Unternehmensautokratie verteidigen können – und wie wir uns organisieren müssen, um unserer Arbeit und unserer Identität neuen Sinn zu verleihen. Diese Fragen stellten sich den meisten von uns bisher in informellen Gesprächen beim Cocktail nach grossen Konferenzen im Anschluss an unbefriedigende Lehrveranstaltungen oder in kleinen Pausengesprächen während der Arbeitszeit. Jetzt, wo wir zunehmend physisch und psychologisch von den uns gewohnten Orten entfernt werden, drängen sich die Fragen regelrecht auf. Was werden wir tun? Auch wegen dieser Fragen legen wir so viel Wert auf die Zeugeschaft, die sich im Dasein als Angeklagte-r, Zeug-in und Entlassene-r in den Verhandlungen in Çalayan-Justizpalast in Istanbul symbolisiert.

Asli Odman, Istanbul

Gekürzte Fassung des Artikels *Akademiker\*innen für den Frieden und die soziale Geographie der «Neuen Akademie» in der Türkei* von Asli Odman, publiziert in dem neu erschienenen Buch, Ilker Ataç, Michael Fanizadeh, Volkan Aar, VIDC (Hg.): *Nach dem Putsch. 16 Anmerkungen zur «neuen» Türkei*. Übersetzung aus dem Türkischen von Alp Kayseriliolu. Die Verhandlungen in Çalayan können über [barisicinakademisyenler.net](http://barisicinakademisyenler.net) und [solidarite-up.org](http://solidarite-up.org), das juristische Tagebuch und über [afp.hypotheses.org](http://afp.hypotheses.org) verfolgt werden.

## SPANIEN

# Erinnerungspolitik

**Über eine sich verändernde Erinnerungspolitik in Spanien, die zu der Zerstörung des wichtigsten Pilgerortes der ewig Gestrigen führt und eine Gruppe Mutiger, die den Mantel des Schweigens heben und Licht auf die Gräueltaten des spanischen Faschismus werfen.**

Während der deutsche AfD-Politiker Höcke in Richtung einer 180-Grad-Wende nach rechts in der Erinnerungspolitik der BRD hetzt und das Denkmal für die ermordeten Juden Europas als Schandmal bezeichnet, geht es in Spanien in eine andere Richtung.

Bereits 2007 wurde unter der Regierung des Sozialisten José Luis Zapatero das «Gesetz des historischen Andenkens» verabschiedet. Mit Hilfe des «Verbandes zur Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses» (ARMH) sollten Massengräber geöffnet und den Familien der Opfer geholfen werden, ihre Angehörigen anständig zu begraben. Viele während der Franco-Diktatur verurteilte Spanier:innen wurden rehabilitiert, die Leiden der Opfer wenigstens im Grundsatz anerkannt. Die rechte Regierung Rajoy unterband dies, und erst im Sommer 2018 erliess der neue sozialistische Ministerpräsident Sanchez ein Dekret, welches durch das Parlament unterstützt wurde. Damit wurde der Weg frei, die faschistischen Knochen Francisco Francos zu exhumieren.

Noch zu seinen Lebzeiten liess der Diktator von Zwangsarbeiter:innen in der Nähe Madrids ein Mausoleum in den Fels schlagen, weihte es 1959 ein und ein Jahr später erhob Papst Johannes XXIII es zur «Basilika minor». Das «Tal der Gefallenen» ist heute eine Pilgerstätte, an der ständig frische Blumen und Kränze von einer immer noch offenen Verehrung des Diktators zeugen. Die Zahl der Besuche hat sich seit der Ankündigung im Vergleich zum vorjährigen Monat mehr als verdoppelt: Selfies mit der Flagge

des faschistischen Spaniens, keine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Etwa hundert Militärs, die meisten im Ruhestand, demonstrierten gegen die Entehrung ihres Idols. Dass eine so offene Verehrung noch zum Alltag gehört, liegt auch an der mangelnden Aufklärung über die Gräueltaten unter Franco. Eine Gruppe Historiker:innen aus Málaga brachte knapp 80 Jahre nach einem der schwersten Angriffe auf die Zivilbevölkerung einen erschütternden Bericht über das Massaker von Málaga-Almería heraus. Die letzten noch lebenden Zeitzeugen bekamen eine kleine Bühne, um zu erzählen, was sie als Kinder erlebt haben.

Während der letzten Delegation des EBF nach Andalusien<sup>1</sup> im Juni 2018 besuchte ich eine Wanderausstellung über ein Ereignis, das in der Region «La Desbandada» (die Auflösung) genannt wird, und sprach mit einem der Kuratoren.

## La Desbandada

In der Stadt Málaga mit 250'000 Einwohner:innen hatten sich seit dem Sommer 1937 aus den umliegenden Provinzen etwa 90'000 Flüchtlinge angesammelt und die wohl grösste Massenevakuierung dieser Zeit stand bevor. Die republikanischen Kräfte waren geschlagen. Es gab noch vereinzelt Widerstand, aber von einer Verteidigung der Stadt gegen die aus dem Norden und Westen anrückenden Franquisten kann keine Rede sein.

Der Angriff begann am 3. Februar 1937. Die italienischen Truppen, die von den nördlichen Hügeln in die Region eingedrungen

waren, kamen am 6. Februar an. Die republikanischen Kämpfer wurden durch den Angriff der Nationalisten komplett zerrissen und es folgten Massenhinrichtungen. Frauen wurden vergewaltigt und erschossen. Kinder starben im Kreuzfeuer. Die Stadt fiel am Tag darauf und es gab nur einen Fluchtweg Richtung Westen. Almería galt zu diesem Zeitpunkt des Krieges noch als relativ sicher, war aber 220 km entfernt. Als eine der schönsten Strecken schlängelt sich die Nationalstrasse 340 von Málaga bis nach Almería den Fels geschlagen, rechts eine Steilküste zum türkischen Meer und links steile Berghänge der Sierra Nevada. In der Morgendämmerung des 8. Februar sammelten sich 150'000 Menschen in Torre del Mar, etwa 30 Kilometer östlich, auf der kargen, unbefestigten Strasse. Alte, Frauen und Kinder. Lastwägen, mit Kindern beladen, Eltern, die nur eines wollten: ihre Kinder in Sicherheit bringen, und die Fahrer anflehten, Kinder aus ihren Armen zu nehmen, während sie liefen. Es gab nur zum Essen und Trinken, was getragen wurde, nach den ersten Tagen schon beschränkten sich die Mahlzeiten auf Zuckerrohr.

General Queipo de Llano begnügte sich nicht damit, die Stadt eingenommen zu haben. Die Flüchtenden wurden verfolgt und massakriert. Aus der Luft, entlang der Strasse von deutschen Flugzeugen der Legion Condor, die später die baskische Stadt Guernica in Schutt und Asche legen sollte. Sie flog wieder und wieder über den Treck und schoss mit Maschinengewehren auf die Zivilist:innen. Vom Wasser schoss die italienische Marine in den Fels. Gesteinsbrocken erschlugen Schutzlose. Kein Ort, an dem sich die Menschen verstecken konnten. Die 16 Kilometer lange Strecke zwischen Nerja (55 Kilometer östlich von Málaga) und La Herradura erlitt ein schreckliches Schicksal und tausende Leichen säumten die Strasse. Eltern waren gezwungen, mit den Händen ihre Kinder zu begraben. Die Kleinen, die am Leben blieben, wurden von anderen Menschen aufgenommen, sofern sie stark genug waren, eine weitere Person zu tragen. 90 Kilometer von Málaga entfernt wurde bei Einbruch der Dämmerung eine Brücke über den Fluss Guadalfeo bombardiert, während der Treck den Strom überquerte. Diese Gräueltaten fanden zwei Monate vor Guernica statt, aber kein Pi-

## Gute Nachricht aus Cerro Libertad

Aus Andalusien in Südspanien hat uns eine gute Nachricht erreicht. Am 21. September konnte die Gewerkschaft der Landarbeiter:innen SOC/SAT mit der Bank BBVA, Besitzerin des Landgutes El Aguardentero, genannt «Cerro Libertad», ein Abkommen abschliessen, das den ehemaligen Besetzer:innen der Domäne erlaubt, die Oliven auf dem Landstück zu ernten, zu verarbeiten und das Öl zu verkaufen. Diese Abmachung gilt für die Saison ab November 2018 bis ins Jahr 2019 hinein. Die Gewerkschaft bemerkt dazu: «Von der SOC/SAT aus betrachten wir das Abkommen als einen Sieg. Es ist zwar ein kleiner Sieg, aber immerhin: Es ist ein Sieg.» Die Gewerkschaft bietet den zahlreichen Arbeitslosen in der Region um Jaén nun an, gegen ein Entgelt an der Olivenernte teilzunehmen. Wir danken allen Freund:innen, die Cerro Libertad unterstützt und in der ersten Jahreshälfte einen Brief an die andalusische Regierung geschickt hatten, um gegen die damalige Räumung des Geländes zu protestieren.

1. Einen ausführlichen Bericht unserer Delegation können Sie gerne beim EBF in Basel bestellen.

casso hat ein Zeugnis davon gemalt. Überhaupt erinnerte bis 2005 nichts an dieses erste Massaker an der Zivilbevölkerung der faschistischen Allianz von Franco, Mussolini und Hitler.

Es sind Werke wie diese Wanderausstellung, die dafür sorgen, dass die Verbrechen des Faschis-

mus nicht in Vergessenheit geraten. Die Rechten behaupten, mit der Umbettung Francos oder dem Aufzeigen von Kriegsverbrechen würden Wunden wieder aufgerissen. Aber wie sollen nie verheilte Wunden aufgerissen werden können?

Johannes Dahmke, EBF

## SCHWEIZ / MIGRATION

# Aquarius – eine politische Lösung in Sicht?

**Am 9. Oktober wurde dem Bundesrat in Bern eine von 25'000 Menschen unterzeichnete Petition vorgelegt, welche die Bewilligung der Schweizer Flagge für das Rettungsschiff Aquarius fordert. Zugleich reichte die grüne Abgeordnete Aline Trede dazu eine parlamentarische Motion ein. In verschiedenen Teilen der Schweiz gibt es Aufrufe und Petitionen mit derselben Forderung.**

Kiri Santer verbrachte eineinhalb Monate als Forschungs- und Dokumentationsbeauftragte an Bord der Aquarius – einem Schiff, das Migrant-innen im Meer rettet. Nachdem dem Schiff die Flagge entzogen wurde und es in Marseille blockiert ist, können keine Rettungsaktionen mehr durchgeführt werden und immer mehr Frauen, Männer und Kinder ertrinken im Mittelmeer. Es folgt ein Interview mit Kiri Santer von *Solidarité sans Frontières*:

**Kiri Santer, warum stellen Sie diese Forderung an den Bundesrat?**

KS: Es muss eine politische Lösung gefunden werden, damit die Aquarius ihre Rettungsarbeit wieder aufnehmen kann. Wenn die

Eidgenossenschaft das Schiff unter der schweizerischen anstelle der panamaischen Flagge fahren liesse, wäre das eine wichtige symbolische Geste für die Schweiz, ganz in der humanitären Tradition unseres Landes und seiner Rolle als Verwahrer der Genfer Konventionen. Sollte der Bundesrat den Vorschlag annehmen, wäre es für Matteo Salvini, dem Vorstand der italienischen Lega Nord, mit Sicherheit schwieriger, Druck auf unser Land auszuüben, um den Entzug der Flagge zu fordern, was an sich eine ziemlich aussergewöhnliche Angelegenheit ist.

**Warum ist es weiterhin notwendig, dass Rettungsschiffe wie die Aquarius im Mittelmeer aktiv sind?**

KS: Die Rettungsschiffe der Zivilgesellschaft wie die Aquarius, die italienische Mare Ionio oder die spanische Open Arms, die gerade wieder ins Meer gestochen sind, sind absolut notwendig, um Leben zu retten. Auch wenn die Zahl der Migrant-innen, die aus Libyen aufbrechen, gesunken ist, sitzen weiterhin tausende Menschen in diesem politisch sehr instabilen Land fest und wollen weg. Mitte September rettete die Aquarius übrigens auch libysche Migrant-innen, so gross ist die Bedrohung, dass der Konflikt im Land eskaliert.

**Was hat Sie am stärksten berührt in der Zeit, die Sie an Bord der**

**Aquarius verbracht haben?**

KS: Ich stand in sehr engem Kontakt mit dem Kapitän des Schiffs und dem Chef des Rettungsteams, und der Mangel an Koordination der Behörden in der libyschen See war frappierend. Es war zum Beispiel unmöglich, die libysche Küstenwache zu erreichen, obwohl diese seit Juni als kompetente Koordinationsbehörde in der Zone anerkannt wird. Das Rettungskordinationszentrum in Rom, bei dem die Notrufe eingehen, gab uns auch nicht alle Informationen weiter. Während einer Rettungsaktion sind wir grundlos meilenweit gefahren, weil die italienischen Behörden uns nicht informiert hatten, dass die libysche Küstenwache die Schiffbrüchigen schon aufgenommen hatte. Man bekommt den Eindruck, an der Nase herumgeführt und zum Teil im Dunklen gehalten zu werden. Auf dem Schiff schafft das grosse Frust hinsichtlich unserer Rettungsmission.

**Rom beschuldigt die Rettungsschiffe, Kontakte mit Schleppern zu haben. Was können Sie dazu sagen?**

KS: Diese Anschuldigungen sind nicht begründet. Die Aquarius hält sich an die Schifffahrtsregeln, im Gegensatz zu den Libyern. Solche Diskurse stellen eine Gefahr dar und sind Teil einer migrationsfeindlichen Rhetorik. Und sie kaschieren auch die Tatsache, dass Migrant-innen über keinen sicheren legalen Weg verfügen, um einen Asylantrag in Europa zu stellen.

**Die Länder der Europäischen Union finden keine Einigung bezüglich einer Verteilung der Geflüchteten. Wie beurteilen Sie diese Haltung?**

KS: Matteo Salvini stellt lediglich ein Symptom der europäischen Anti-Migrationspolitik dar. Die Schweiz zum Beispiel schiebt im Rahmen der Dublin-Regelung täglich Asylbewerberinnen ab. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass die südeuropäischen Länder seit Jahren die meisten Migrant-innen aufnehmen. Die Länder im Norden nehmen ihre Verantwortung nicht wahr und zeigen keine Solidarität mit Südeuropa.

**Zurzeit nimmt die Migration zwischen Marokko und dem spanischen Staat zu. Worauf führen Sie das zurück?**

Diese Situation hängt mit dem globalen Kontext der Auslagerung der europäischen Aussen Grenzen zusammen, welche die Möglichkeiten zur legalen Migration immer stärker einschränkt.

## Die Petition an Bundesrat und Parlament

Schweizer Flagge für das Hilfsschiff «Aquarius»: Das Flüchtlingschiff «Aquarius» von SOS-Méditerranée und Médecins Sans Frontières soll unter Schweizer Flagge fahren und weiterhin Menschen retten können. Die «Aquarius» ist das letzte private Rettungsschiff, das Flüchtlinge auf dem Mittelmeer aus der Seenot retten kann. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der Einsatz privater Rettungsschiffe viele Menschen, die übers Meer flüchten wollen, vor dem Ertrinken retten kann. Der Bundesrat hat die Kompetenz, die «Aquarius» unter Schweizer Flagge fahren zu lassen und damit viele Menschen vor dem sicheren Tod zu bewahren. Nachdem Panama der «Aquarius» – unter wirtschaftlichem Druck Italiens – die Flagge entzogen hat, ist schnelles Handeln notwendig. Die humanitäre Tradition der Schweiz gebietet, zu helfen, wenn geholfen werden kann. Wir bitten den Bundesrat und das Schweizer Parlament, dem Schiff von SOS-Méditerranée und Médecins Sans Frontières die Schweizer Flagge zu verleihen. Als neutrales Land und Sitz vieler internationaler humanitärer Institutionen muss die Schweiz konkrete Massnahmen zu Gunsten von Migrant-innen ergreifen und die «Aquarius» in die Lage versetzen, weiterhin jeden Tag an der Mittelmeerküste Leben zu retten!

Obwohl die Entfernung zwischen Marokko und Spanien kürzer ist, ist die Überfahrt sehr gefährlich, denn die Boote sind dafür nicht ausgestattet.

**Was erwidern Sie jenen in Europa, die diese Migrationsbewegungen fürchten und rechts-nationalistische Regierungen wählen?**

Das internationale Seerecht ist eindeutig: Es schreibt vor, allen Schiffen in Notlagen zu helfen, und definiert die Lebensrettung im Meer als ersten Grundsatz. Es verbietet Menschen an Orte zu bringen, wo sie nicht in Sicherheit sind und wo offene Konflikte herrschen. Es handelt sich schlicht um Grundrechte, wie das Recht, in Europa einen Antrag auf Asyl zu stellen.

Ich glaube, viele Menschen in Europa verstehen das, wenn man sich die wunderbare Mobilisierung zur Unterstützung der Aquarius ansieht, die diese Woche in knapp sechzig französischen Städten und in Brüssel, Berlin, Madrid und Palermo stattgefunden hat.

Das Interview wurde am 11.10.2018 von Joel Depommier in der Rubrik «Schweiz» der Online-Wochenzeitung *Gauchebdo* veröffentlicht.

## ABONNEMENT

Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60sFr, 40 Euro auf Konto:

**Schweiz:** Europäisches BürgerInnenforum, PC 40-8523-5  
**Deutschland:** Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, BLZ 15061698, Konto 201084194  
Vermerk: Archipel oder EBF  
**Österreich:** Konto EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451, BIC: VSGKAT2K

Name .....  
Vorname .....  
Strasse .....  
PLZ ..... Ort .....  
Land .....